

Chemikaliensicherheit ist eine globale Herausforderung

Veranstaltungsbericht des BfR vom 22. September 2006

„Chemikaliensicherheit als globale Herausforderung“ – das war das Thema einer durch das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) ausgerichteten Veranstaltung, die am 19. September 2006 im Bundespresseamt in Berlin stattfand. Für die Vorträge und Diskussionen waren Vertreter aus Institutionen eingeladen, die in internationalen Programmen tätig sind: Neben deutschen Experten aus Bundesministerien, Bundesbehörden, der Industrie, Umweltverbänden und technischen Entwicklungseinrichtungen war die internationale Ebene durch einen Vertreter des Chemikalienprogramms des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) vertreten.

Der Zeitpunkt der Veranstaltung war im Hinblick auf den bevorstehenden Ruhestand von Ministerialrat Professor Dr. Ulrich Schlottmann, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), gewählt worden. Ulrich Schlottmann hat die Programme zur globalen Chemikaliensicherheit über zwei Jahrzehnte hinweg durch eine präzente deutsche Beteiligung gefördert und an entscheidender Stelle mitbestimmt; besonders zu nennen sind die Gestaltung und Durchführung der großen Konferenzen der Vereinten Nationen wie die Konferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992, der Weltgipfel in Johannesburg 2002 und die UN-Chemikalienkonferenz in Dubai 2006. Innerhalb Deutschlands hat er als Ideengeber unterschiedliche Akteure zusammengeführt und, wenn nötig, in besonderer Weise ermuntert, für die Chemikaliensicherheit Personal- und Finanzressourcen einzusetzen.

In seiner Begrüßungsrede betonte der Präsident des BfR, Prof. Dr. Dr. Andreas Hensel: „Auch eine hervorragende und effektive nationale Chemikalienpolitik wird nicht in der Lage sein, die Risiken von Chemikalien, die uns betreffen, ausreichend zu begrenzen. Der europäische Ansatz kann schon einen höheren Schutzeffekt bewirken, jedoch erst eine Politik zur globalen Chemikaliensicherheit kann diesen Schutz abrunden. Ohne eine Entwicklung zur globalen Chemikaliensicherheit können wir einige Risiken nicht beseitigen. Als eine Industrienation mit großer chemischer Industrie, kompetenten Behörden und einem hohen Export chemischer Produkte haben wir meines Erachtens auch eine Verantwortung für den Transport und den Einsatz chemischer Stoffe an den Zielorten und für die Anwendungssicherheit chemischer Stoffe in den weniger industriell entwickelten Ländern dieser Welt.“

Die Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Astrid Klug begrüßte die Teilnehmer und stellte unter dem Thema „Erfahrungen und Ziele“ zukünftige Entwicklungen und Ziele der Bundesregierung dar. Sie unterstrich in ihrem Vortrag die Notwendigkeit der stärkeren Betonung einer Entwicklung zur nachhaltigen Chemie. Ein wichtiger Baustein für eine Entwicklung in diese Richtung stellt aus Sicht der Bundesregierung die neue Chemikalienpolitik dar, die unter dem Namen REACH bekannt geworden ist und wahrscheinlich noch in diesem Jahr in Europa verabschiedet wird. Es bestände die reale Chance, dass die Grundprinzipien dieser vorsorgenden Chemikalienpolitik weltweit anerkannt werden und Europa damit langfristige Entwicklungsvorteile haben wird.

Für das Umweltprogramm der Vereinten Nationen nahm an der Veranstaltung der Direktor des Chemikalienprogramms, Dr. Maged Younes, teil. Einleitend beschrieb Maged Younes die Aktivitäten, Konferenzen und Programme, welche die Vereinten Nationen für eine bessere Chemikaliensicherheit durchgeführt haben und weiterhin planen.

Ulrich Schlottmann, BMU, ließ die Konferenzteilnehmer anschließend an seinem reichen Erfahrungsschatz teilhaben. Er trug durchaus kritische Reflektionen zum Stand der globalen Chemikalienpolitik vor. Besondere Herausforderungen, so führte er aus, betreffen die vielen Übereinkommen und Programme, die stärker koordiniert werden müssten. Er bemängelte die sinkende Zahlungsbereitschaft der großen Industrienationen für Vorhaben zur globalen Chemikaliensicherheit. Dadurch sei die Durchführung der verschiedenen Programme gefährdet.

Fachvorträge aus den zuständigen Bundesbehörden – dem Umweltbundesamt (UBA), der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) und dem Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) – informierten über den Stand der wissenschaftlichen Arbeit und Mitwirkung in internationalen Fachgremien und Programmen. So zeigte ein Vortrag, wie ein globaler Verwaltungsvollzug bei den Vereinten Nationen, eine so genannte Global Governance, zum Transport und zur Anwendung von Chemikalien für die Seeschifffahrt realisiert wurde. Weitere Vorträge stellten verschiedene internationale ordnungsrechtliche und politische Maßnahmen, Möglichkeiten und Projekte dar, mit denen die globale Chemikaliensicherheit erhöht werden kann: ratifizierte Übereinkommen zu besonders gefährlichen Stoffen sowie freiwillige Absprachen, Vereinbarungen und UN-Beschlüsse.

Der Vertreter von Greenpeace betonte die Risiken für die Menschen und die Umwelt in wirtschaftlich noch weniger entwickelten Ländern, insbesondere in Afrika und Asien. Hier erfolgt mittlerweile in größerem Umfang die Verarbeitung von Abfällen, aus denen giftige Stoffe freigesetzt werden, ohne dass entsprechende Sicherheitsmaßnahmen eingeführt sind. Neben den Standards der Regulierung von Chemikalien müssten Sozial- und Arbeitsplatzstandards in diesen Ländern stärker propagiert werden. Die Vertreterin vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) stellte die Risiken der Stoffe dar, die sich in Mensch und Umwelt anreichern und sowohl im Nabelschnurblut, als auch in der Muttermilch nachweisbar sind.

Der Vertreter des Verbandes der chemischen Industrie erläuterte den weltweiten Zusammenschluss seiner Branche zur koordinierten Beteiligung an globalen Programmen, erklärte die umfangreichen Anstrengungen zur Risikobewertung der rund 1000 wichtigsten Industriechemikalien, unter Nutzung aller international vorhandenen Informationen, und die Vorhaben zur Angleichung der weltweiten Chemikalienbewertung und des Chemikalienmanagements.

Den Programmen und Vorhaben der Regierungen, der Vereinten Nationen und der Industrie sind einige Herausforderungen gemeinsam: die Anstrengungen und Schwierigkeiten, Beteiligte von der Notwendigkeit besserer globaler Chemikaliensicherheit zu überzeugen und ein entsprechendes Management aufzubauen. Eine wichtige Rolle spielt hierbei insbesondere der Aufbau fachlicher Kapazitäten, um das Wissen und die Erfahrungen, zum Beispiel aus der Europäischen Union, nutzen zu können.

In einer abschließenden Diskussion formulierten die Vertreter aus der Industrie, den Umweltverbänden und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen, UNEP, die ihres Erachtens wichtigsten Aufgaben für die Beteiligung der Bundesbehörden an der globalen Chemikaliensicherheit:

- Erkennung und Darstellung potenzieller neuer Risiken im Rahmen wissenschaftlicher Zusammenarbeit in internationalen Programmen;
- Erarbeitung wissenschaftlicher Standards für Prüfungen, insbesondere auch für Alternativen zu Tierversuchen;
- Sicherung des Wissenstransfers in die sich entwickelnden Länder, insbesondere in Asien und Afrika;

- Stärkung der wissenschaftlichen Kompetenz bei internationalen Organisationen durch Entsendung deutscher Experten;
- Ausarbeitung von Ansätzen zu einer nachhaltigen Chemie und von Möglichkeiten der Substitution gefährlicher Stoffe.

Die während der Veranstaltung geknüpften persönlichen Kontakte und der Erfahrungsaustausch in Vorträgen und Gesprächen wurden von allen Teilnehmern besonders begrüßt. Es wurde der Wunsch geäußert, einen solchen Erfahrungsaustausch in regelmäßigen Abständen zu ermöglichen, um Einschätzungen der Entwicklungen zur globalen Chemikaliensicherheit aus deutscher Sicht auszuwerten und Schwerpunkte deutscher Interessen zu vereinbaren.

Die Präsentationen zu der Veranstaltung finden Sie im Internetangebot des BfR unter <http://www.bfr.bund.de/cd/8392>